

Gutachterliche Stellungnahme zur Frage des Vorwurfs des Antisemitismus in Bezug auf Konzeption einschließlich curricularem Kontext und Durchführung des Seminars „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ der Fakultät „Soziale Arbeit und Gesundheit“ der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst in Hildesheim/Holzminden/Göttingen sowie daraus abgeleitet Empfehlungen für eine wissenschaftsadäquate Neukonzeption des Lehrangebots

Kurzfassung

Das Gutachten des Zentrums für Antisemitismusforschung, das auf der Basis sämtlicher Seminarmaterialien, Prüfungsprotokolle und –arbeiten, der studentischen Evaluationsbögen sowie weiterer themenrelevanter Dokumente und Gespräche mit den beteiligten Personen erarbeitet wurde, bestätigt die im Sommer 2015 seitens des Zentralrats der Juden in Deutschland in einem Schreiben an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten geäußerte Sorge: Das Seminar „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“, das unter diesem Titel von 2006 bis 2016 an der Fakultät „Soziale Arbeit und Gesundheit“ der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) unterrichtet wurde, sei einseitig, unwissenschaftlich und „in dieser Form an einer deutschen Hochschule nicht tragbar“.

Schon ein Blick auf die hochschulöffentlichen Seminarpläne hätte genügt, um zumindest die Wissenschaftlichkeit der Lehrveranstaltung ernsthaft in Zweifel zu ziehen: Diese sind weder übersichtlich noch einheitlich, Überschriften, Feststellungen, Behauptungen und meist unvollständige Literaturangaben stehen ungeordnet neben-einander. In der Gesamtschau vermitteln sie das Bild einer Lehrveranstaltung, in der den Studierenden eine einseitige Sicht auf den Nahost-Konflikt und das Leiden der palästinensischen Bevölkerung mittels einer großen Medienvielfalt (Texte, Fotos, Filme, blogs, Gedichte) nahegebracht werden sollte. Die im Seminar zur Verfügung gestellten, empfohlenen und im Unterricht verwendeten Lehrmaterialien spiegeln die Intention des Seminarplans wider, ohne dass, etwa durch genaue Quellenangaben, die Möglichkeit der kritischen Einordnung gegeben wäre. Dass sich in dieser Mischung aus Agitprop-Material, seriösen Texten palästinensischer, israelischer und internationaler AutorInnen, Zeitungsartikeln und verlinkten online-Materialien auch Texte finden, die mit antisemitischen Klischees und Unterstellungen arbeiten, ist letztlich kaum verwunderlich; das Gutachten der Amadeu Antonio Stiftung hat dies bereits an mehreren Beispielen verdeutlicht. Besonders problematisch erscheint in diesem Zusammenhang die bis zum Wintersemester 2015/16 fast durchgehend benutzte Zusammenstellung „Berühmte jüdische Persönlichkeiten haben gesagt...“, die in der Tradition antisemitischer Propaganda seit dem 19. Jahrhundert steht. „Die Juden“ werden dabei als internationale und überzeitlich homogene Gruppe imaginiert: Während man früher die Hinterlist der jüdischen Religion oder jüdischer Weltverschwörungspläne auf diese Weise „belegte“, bezeugt man damit heute die angebliche Illegitimität des Zionismus bzw. des Staates Israel. Auch der in der medialen Berichterstattung besonders inkriminierte Artikel des Journalisten Boström, der der israelischen Armee den Handel mit den Organen getöteter Palästinenser unterstellte, schließt ganz eindeutig an mittelalterliche antijüdische Phantasien von Kindermord und –missbrauch an. Allerdings hat Boström selbst wenige Monate später einen Teil seiner Anschuldigungen zurückgenommen. Dass sein Text dennoch sechs Jahre lang weiter benutzt wurde, belegt einmal mehr den missionarischen Charakter einer Lehrveranstaltung, die weder auf plurale Meinungsbildung oder (selbst-)kritische Reflexion abzielte noch in Textauswahl und –präsentation den Mindeststandards an Wissenschaftlichkeit genügte.

Nun lässt sich mit einiger Berechtigung argumentieren, dass sich allein aus den verwendeten Texten eines Seminars noch keineswegs Rückschlüsse ziehen lassen auf deren didaktische Verwendung in der konkreten Lehrveranstaltung. Betrachtet man die Gesamtheit der benutzten Texte, so liegen Zweifel an einem solchen textkritischen Umgang zwar ohnehin nahe, diese werden jedoch durch die Analyse der Lehrevaluationen noch zusätzlich verstärkt.

In den Freitextkommentaren der anonymen studentischen Evaluationsbögen finden sich extrem gegensätzliche Einschätzungen und Bewertungen, die auf eine große interne Spannung innerhalb des Seminars bzw. unter den Studierenden schließen lassen. Neben zahlreichen positiven Bewertungen, die vor allem das große Engagement und die hohe Emotionalität der Dozentin loben, finden sich häufig Zweifel an der Wissenschaftlichkeit und Professionalität der Lehrveranstaltung. Daneben gibt es über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg immer wieder deutlich kritische Stimmen, die die nicht vorhandene Kritikfähigkeit der Dozentin bemängeln, ihr explizit nicht nur anti-israelische, sondern auch antisemitische Bemerkungen, Materialien und Argumentationen vorwerfen und das Dekanat ausdrücklich auffordern, diese studentischen Sorgen ernst zu nehmen. Selbst wenn man unterstellt, all diese studentischen Bemerkungen seien tendenziös oder entsprächen nicht der Wahrheit, so hätte man seitens des Dekanats angesichts der Massivität dieser immerhin schriftlich vorliegenden Vorwürfe reagieren *müssen*.

Zugleich sollte jedoch betont werden, dass man der Dozentin zwar Unwissenschaftlichkeit, Defizite in der Darstellung der internen Diversität der palästinensischen Gesellschaft und eventuell auch mangelnde Kritikfähigkeit vorwerfen kann, nicht jedoch die einseitig pro-palästinensische Ausrichtung ihres Seminars. Diese war Teil des ursprünglichen curricularen Kontextes, der den Besuch zweier konträrer Lehrveranstaltungen empfahl (eine „palästinensische“ und eine „israelisch/jüdische“), ihn allerdings erst im Sommersemester 2016 verpflichtend machte. Ziel dieses Doppelangebots war es, den Studierenden extrem gegensätzliche Positionen des

Nahostkonflikts nahezubringen, und zwar durch Lehrbeauftragte, die „qua Herkunft“, nicht jedoch qua Ausbildung dazu qualifiziert waren. Dieses, aus meiner Sicht hochproblematische *setting* impliziert zweierlei: Zum einen, dass es jeweils nur eine, „ethnisch“ begründete Position im Nahostkonflikt gäbe („die“ Israelis und „die“ Palästinenser) und dass es zum anderen folglich „neutrale“ Personen braucht, in diesem Fall die deutschen Studierenden, die diese einseitigen Positionen „objektiv“ zusammenführen, diskutieren und einordnen sollten. Da dieses Konzept also indirekt eurozentristisch argumentiert, jedwede interne Heterogenität beider Bevölkerungsgruppen leugnet und zudem ethnisch markierte „Betroffenheit“ mit Unwissenschaftlichkeit, deutsche „Neutralität“ dagegen mit Wissenschaftlichkeit konnotiert, desavouiert es sich im Grunde von selbst: Die Studierenden wurden mit problematischen Homogenisierungen konfrontiert und lernten in erster Linie, dass „betroffene“ Frauen hochemotional reagieren und daher „Wissenschaft“ weder betreiben noch vermitteln können.

All dies verweist auf eklatante Mängel in der Qualitätssicherung innerhalb der Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit, und zwar in mehrfacher Hinsicht: In der grundsätzlichen Konzeption des Seminars, bei der Auswahl der Lehrbeauftragten und im Umgang mit den studentischen Evaluationsergebnissen. Diese Mängel abzustellen, ist Aufgabe interner Prozesse innerhalb der Fakultät. Sollte man dabei im Übrigen zu dem Ergebnis kommen, dass es weiterhin sinnvoll erscheint, den Studierenden im BA Soziale Arbeit - so wie es im Kontext der Diskussionen um das Seminar vielfach dargestellt wurde - die Möglichkeit zu bieten, den Umgang mit ideologisch verhärteten Positionen zu erfahren, so lassen sich dazu auch in Deutschland oder Europa genügend Konfliktfelder finden; ähnliches gilt für die Bedeutung der Menschenrechte im Kontext Sozialer Arbeit. Will man auf die Thematisierung von Judentum und Islam nicht verzichten, was angesichts deutscher Geschichte und Gegenwart durchaus sinnvoll erscheint, so bietet sich hierfür eine Lehrveranstaltung an, die die Grundlagen religiös gebundener Sozialarbeit am Beispiel der jüdischen, muslimischen und christlichen Gemeinden in Deutschland thematisiert.

Antisemitismus ist, genau wie Rassismus, Sexismus oder Homophobie, intrinsischer Teil unserer Gesellschaft und damit auch unserer Hochschulen. Eine Hochschule ohne Antisemitismus ist folglich keine Beschreibung der Realität, sondern ein Postulat bzw. Desiderat, dem zu entsprechen im täglichen Alltag umgesetzt werden muss. Dass die mediale Skandalisierung gerade in Zeiten des Internets dabei oftmals als wenig hilfreich, ja kontraproduktiv empfunden wird, ist nachvollziehbar. Gleichwohl waren es nach 1945 die in regelmäßigen Abständen öffentlich thematisierten antisemitischen Vorfälle, die die Auseinandersetzung mit Antisemitismus vorangetrieben haben und so auf lange Sicht historisches Lernen und Veränderung ermöglichten. Insofern kann und sollte die öffentliche und interne Debatte um das völlig zu Recht im Mittelpunkt der Kritik stehende Seminar von den Kolleginnen und Kollegen der HAWK zum Anlass genommen werden, um über den Umgang mit Vorwürfen des Antisemitismus, aber auch anderer Diskriminierungsformen gemeinsam nachzudenken. All dies ist jedoch, dies sei abschließend ausdrücklich betont, keineswegs auf die HAWK beschränkt, sondern eine permanente Aufgabe für alle Hochschulen dieses Landes.

Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum Berlin, 11. November 2016